

# Verbände kämpfen gegen Finanzamt-Abriss

Das Saarbrücker Finanzamt wird abgerissen. Das Kultusministerium als oberste Denkmalschutzbehörde hat den Abrissantrag des Finanzministerium abgesehnet. Mehrere Verbände und Vereine schlagen nun Alarm. In ihrem Offenen Brief stellen sie drei Forderungen.



Ein Denkmal in perfekter Lage: Luftbild des Saarufer mit dem Finanzamt zur Linken, dem Finanzministerium zur Rechten und dem Karstadt-Kaufhaus samt St. Johanner Markt darüber. FOTO: AXEL HÄSLER

VON CHRISTOPH SCHREINER

---

**SAARBRÜCKEN** | Wenige Stunden, nachdem am Donnerstagfrüh durchgesickert war, dass das

saarländische Kultusministerium als oberste Landesdenkmalbehörde den Abriss des Saarbrücker Finanzamtes „positiv beschieden“ (und das Denkmal damit zum Abriss freigegeben) hat, haben mehrere Verbände, Vereine und Organisationen in einem Offenen Brief dagegen Stellung bezogen.

Das Finanzamt sei 2010 deshalb unter Denkmalschutz gestellt worden, weil es sich dabei um ein Stück „steinerne Landesgeschichte“ und ein „qualitätvolles Zeugnis der französisch geprägten Wiederaufbaujahre an der Saar“ handele, heißt es in dem unserer Zeitung vorliegenden Protestschreiben. Die Unterzeichner, zu denen neben dem Werkbund Saar, der Umwelt- und Naturschutzorganisation BUND und der Saarbrücker Städtebaubeirat unter anderem auch der BDA Saar (Bund Deutscher Architekten), der Verein Saarbrücker Bürgerforum und die Stiftung Baukultur Saar gehören, stellen in ihrem Offenen Brief drei Forderungen.

Wenn das Finanzministerium, das den Abriss beantragt hatte, nun das denkmalgeschützte Gebäude dem Erdboden gleichmachen wolle, sei „zuvor ein Entzug des Denkmalstatus erforderlich, der durch einen transparenten, demokratischen Prozess abzulaufen hat“. Dabei sei dieser Entzug dann allerdings auch zu begründen, so die erste Forderung.

Die Unterzeichner erinnern in dem Zusammenhang auch an die graue Energie, die bei einem Abriss verloren ginge. „Grob geschätzt“ seien dies 30 Millionen Kilowattstunden, weshalb sich die mit dem Abriss der Betonkonstruktion freigesetzte CO<sub>2</sub>-Menge auf mindestens 7150 Tonnen CO<sub>2</sub>

taxieren lasse, was einem Jahresverbrauch an Heizöl von etwa 1400 Einfamilienhäusern entspreche. Mit anderen Worten: Diese Menge an Kohlendioxid ließe sich bei einem Gebäudeerhalt einsparen (und würde umgekehrt beim Abriss freigesetzt). Ein Neubau anstelle des Finanzamtes dürfte diese Kohlendioxid-Menge mutmaßlich noch einmal verdoppeln.

Eine zweite Forderung des Offenen Briefes lautet, das vom Finanzministerium „als Totschlagargument ins Feld geführte“ Gutachten zu veröffentlichen, demzufolge eine Denkmalsanierung wegen angeblicher Tragwerksmängel nicht möglich sei. Zuvor hatten dies bereits das Landesdenkmalamt sowie der Landesdenkmalrat vergeblich gefordert. Dem Denkmalamt, das als Fachbehörde eigentlich über den Abrissantrag hätte entscheiden sollen, war der Prüfantrag dann entzogen und die Entscheidung dem Kultusministerium zugewiesen worden.

Als dritte Forderung formuliert das Protestschreiben, es seien „alle Optionen einer Um- und Weiternutzung des Finanzamtes (...) ergebnisoffen zu prüfen“. Sofern diese Prüfung eine Weiternutzung ausschließe, sollte nach einem Abriss die künftige Nutzung des Grundstücks im Rahmen eines „städtebaulichen Wettbewerbsverfahrens“ untersucht werden – unter Beteiligung der Bürgerschaft und der Stadt.

Kritik an der Abriss-Entscheidung kommt auch von den saarländischen Grünen: „Die Landesregierung hat ihre Baudenkmäler in den vergangenen Jahren leider völlig vernachlässigt und dadurch den maroden Zustand, den sie

nun beklagt, selbst verursacht“, moniert die Grünen-Landesvorsitzende Jeanne Dillschneider. Sie verweist im Übrigen darauf, dass die Abrisspläne „in völligem Widerspruch zum saarländischen Klimaschutzgesetz“ stünden. Das Land konterkariere mit dem Abriss die ihm darin zugewiesene „allgemeine Vorbildfunktion“, kritisieren die Grünen.

Die Saarbrücker FDP kritisiert hingegen, dass es kein „erkennbares attraktives Folgekonzept“ gebe. „Nachdem der in diesem Fall fortschritthemmende Denkmalschutz offenbar auf Weisung von oben wieder aufgehoben wurde“, plädiert der Fraktionsvorsitzende der Liberalen, Helmut Isringhaus, hinsichtlich der Nachnutzung des Filetgrundstücks daher für einen Ideenwettbewerb.